



**ZUM TODE VON PRÄSIDENT JELZIN
RUSSISCHE HOCHSCHULPOLITIK
BANKROTT DER RUSSISCHEN INNENPOLITIK**

| | | |
|-------------------------|--|----|
| ■ NACHRUF | | |
| | Boris Jelzin - kommunistischer Funktionär und demokratischer Revolutionär Margareta Mommsen, München | 2 |
| ■ UMFRAGE | | |
| | Die Jelzin-Ära in Umfragen heute | 3 |
| ■ ANALYSE | | |
| | Russlands Hochschulpolitik zwischen Wettbewerb und staatlicher Kontrolle Stefan Meister, Jena | 4 |
| ■ TABELLEN UND GRAFIKEN | | |
| | Die Entwicklung des Hochschulwesens | 7 |
| | Kosten einer Hochschulausbildung | 9 |
| | Das russische Bildungssystem in den Augen der Eltern | 10 |
| ■ KOMMENTAR | | |
| | Russland und der Bologna-Prozess Stefan Meister, Jena | 12 |
| ■ KOMMENTAR | | |
| | Über die Zerstörung des öffentlichen Raums. Der Verlust der Politik in Putins Russland Jens Siegert, Moskau | 14 |
| ■ PRESSESTIMMEN | | |
| | Die russischen Medien zu den Demonstrationen | 16 |
| ■ CHRONIK | | |
| | Vom 14. bis zum 26. April 2007 | 18 |
| ■ LESEHINWEIS | | |
| | OSTEUROPA April 2007 | 19 |



Nachruf

Boris Jelzin – kommunistischer Funktionär und demokratischer Revolutionär

Margareta Mommsen, München

Boris Jelzin, am 1. Februar 1931 im Ural als Kind russischer Bauern geboren, war ein außergewöhnlicher Lebensweg beschieden. Nach einem Studium der Bautechnik fand er sich zunächst in leitenden Posten in der Bauindustrie, schlug dann aber die klassische Karriere eines kommunistischen Parteifunktionärs ein. Michail Gorbatschow holte den tatkräftigen und durchsetzungsfähigen Gebietsparteisekretär 1985 aus Swerdlowsk nach Moskau. Der sollte ihm dabei helfen, die politische Liberalisierung des Landes gegen die konservativen Kräfte in der KPdSU voranzubringen. Tatsächlich wurde Jelzin zum unbequemen Neuerer und Tabubrecher innerhalb der kommunistischen Staatspartei. Zu seinen Tugenden gehörten Entschlossenheit, Mut und Risikobereitschaft. Der Parteisekretär Jelzin hatte die Statur eines Revolutionärs. Er war gleichzeitig Parteirebell, Volkstribun, Reformier und Populist.

Angesichts des fortgeschrittenen Siechtums der Planwirtschaft und der Einparteienherrschaft waren die Tage des sowjetischen Herrschaftssystems 1985 gezählt. Die mit *glasnost* und *perestrojka* eingeleiteten Veränderungen verliehen dem allgemeinen Verfallsprozeß eine unaufhaltsame Dynamik. Die Zeichen der Zeit standen auf politischen Pluralismus und Marktwirtschaft. Jelzin begeisterte sich rasch für einen solchen radikalen Systemwechsel, während Gorbatschow einen kontrollierten evolutionären Systemwandel vorzog. Konflikte zwischen den beiden wurden unvermeidlich. Jelzin ging in seiner draufgängerischen Art aufs Ganze. Er machte sich stark für Demokratie und Marktwirtschaft, obwohl er keine klaren Vorstellungen davon hatte, was das bedeutete. Doch lernte er von seinen intellektuellen Mitstreitern aus den Reihen der „Radikaldemokraten“, zu denen auch der vormalige Dissident Andrej Sacharow gehörte. In seinem konsequenten Einsatz für die Beendigung des Machtmonopols der KPdSU und für eine größere Autonomie für die Unionsrepubliken wurde Jelzin zum zentralen Gegenspieler Gorbatschows. Die Kraft und Entschlossenheit, um die russische Teilrepublik in die Demokratie zu führen, schöpfte Jelzin zumal aus seinem Machtkampf mit Gorbatschow.

An der Spitze der breiten Bewegung „Demokratisches Rußland“ wuchs Jelzin eine enorme politische Autorität zu. Er gewann im Juli 1991

müheles die erste demokratische Volkswahl eines Präsidenten in der russischen Teilrepublik. Bald darauf stellte er sich erfolgreich den Putschisten in den Weg, die das Rad der Geschichte per Staatsstreich gegen Gorbatschow zurückdrehen wollten. Der Augustputsch 1991 beschleunigte indessen den Prozeß der Auflösung der UdSSR, die auch Jelzin nicht mehr aufhalten konnte und wollte.

Als politischer Führer des postsowjetischen demokratischen Rußland standen Jelzin schwierige Jahre bevor. Die „Doppelherrschaft“ von Parlament und Präsident artete zu einem Krieg der Staatsgewalten über eine neue Verfassung aus. Jelzin schreckte dabei nicht vor gewaltsamen Aktionen. Die Auflösung des Obersten Sowjets im September und der Beschuß des Parlamentsgebäudes im Oktober 1993 wurde zum Menetekel für den Aufbruch in eine neue Ära. Die demokratische Verfassung fand mangels Verständnis nicht gebührend Respekt. Neben den anhaltenden politischen Wirren tat sich aufgrund des „schocktherapeutischen“ Übergangs zur Marktwirtschaft eine große Kluft zwischen einer kleinen Gruppe reicher Industriekapitäne und der verarmten Bevölkerungsmehrheit auf. Anstatt diesen Entwicklungen systematisch entgegenzuwirken, konzentrierte sich Jelzin darauf, gegenüber den Kommunisten die Oberhand zu behalten. Als 1996 Jelzins Wiederwahl anstand, wurden alle Kräfte, ob Medien, Wirtschaftsführer und neue „Polittechnologien“, mobilisiert, um den fast absehbaren Sieg des Kommunisten Sjuganow zu vereiteln. Bei der so manipulierten Wahl Jelzins wurden erstmals typische Methoden einer „gelenkten Demokratie“ getestet.

Ungeachtet dieses Sündenfalls blieben unter Jelzin Grundvoraussetzungen des politischen Wettbewerbs erhalten und verfügten die Medien über vergleichsweise große Freiräume. Jelzin verschaffte wiederholt jungen Reformern Zugang zur Regierung. Einen wesentlichen Unterschied zu Putins autoritärem System der „Machtvertikale“ machten die unter Jelzin intakt gebliebenen gewaltenteiligen Mechanismen zwischen Legislative und Exekutive sowie zwischen Zentrum und Regionen aus. Bei allen Wirren der jungen rudimentären Demokratie in den neunziger Jahren war es dem sich nach Schwächeperioden im-

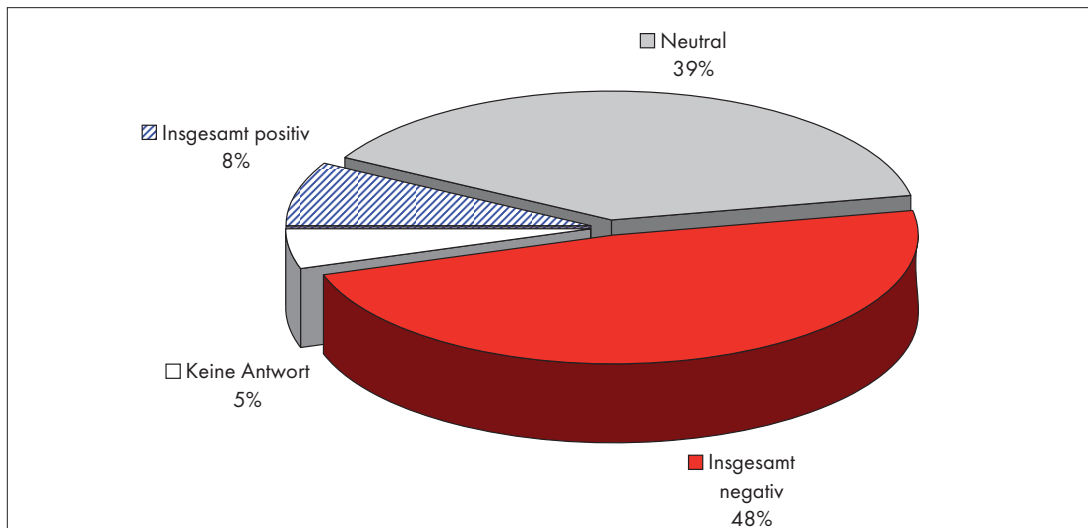
mer wieder aufbäumenden charismatischen Jelzin zu danken, daß Rußland bei der Abkehr von seiner autoritären Vergangenheit riesige Schritte in Richtung eines modernen weltoffenen Gemeinwesens tat. Unter Putins Präsidentschaft wurden die unbestreitbaren Leistungen der Ära Jelzin weitgehend schlechtgeredet,

nur um die vorgeblichen Errungenschaften des neuen autoritären Systems positiv hervorzuheben. Das Staatsbegräbnis für Jelzin, das es an einem üppigen orthodoxen Zeremoniell für den atheistischen kommunistischen Parteisekretär Jelzin nicht fehlen ließ, übertünchte diese Widersprüche nur oberflächlich.

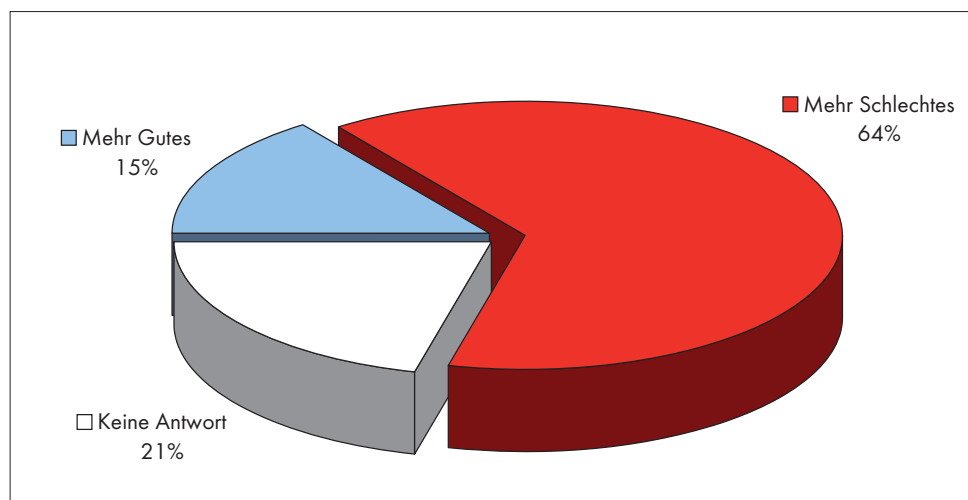
Umfrage

Die Jelzin-Ära in den Augen der heutigen Russen

Wie bewerten Sie jetzt Ihre Beziehung zu Boris Jelzin?



Hat die Epoche Jelzin mehr Gutes oder mehr Schlechtes gebracht?



Quelle: Umfragen des Levada-Zentrums vom Dezember 2006 <<http://www.levada.ru./press/2007020102.html>>

Analyse

Russlands Hochschulpolitik zwischen Wettbewerb und staatlicher Kontrolle

Stefan Meister, Jena

Zusammenfassung

Das russische Hochschulwesen durchläuft seit dem Ende der Sowjetunion einen grundlegenden Wandlungsprozess, der die Transformation auf staatlicher und gesellschaftlicher Ebene unmittelbar widerspiegelt. Dies führte Anfang der 1990er Jahre zur Etablierung von Marktstrukturen, zur Ausrichtung von ehemals zentral geplanten Hochschulen auf die Regionen und auf die Studierenden als Leistungsnachfrager. Die Finanzkrise des Staates verhinderte jedoch in den 1990er Jahren einen umfassenden Reformprozess und band sämtliche Ressourcen der Hochschulen für den Überlebenskampf. Unter Präsident Wladimir Putin setzte in der staatlichen Bildungspolitik ein Reformprozess ein, durch den die Hochschulen zu Schlüsselinstitutionen für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Transformation werden sollen. Diese Reformpolitik veränderte das traditionelle Verhältnis von Staat und Hochschule durch den wachsenden Einfluss des Marktes. Mittels von der Regierung initiiert Reformprojekte und insbesondere aufgrund der Beteiligung Russlands am Bologna-Prozess seit 2003 setzte ein Modernisierungsprozess in der Hochschulpolitik ein, den Teile der Bevölkerung und der Bildungselite jedoch höchst skeptisch beurteilen.

Einleitung

Das heutige Russland hat seine Hochschulstruktur von der Sowjetunion geerbt, die eine hoch qualifizierte Bevölkerung besaß und das Bildungssystem bis in den letzten Winkel des Landes staatlich finanzierte. Dieses zentral geplante und den Bedürfnissen der Industrie unterworfenen Ausbildungssystem geriet in den 1980er Jahren in eine Krise, die sich mit den sich wandelnden gesellschaftlichen und ökonomischen Anforderungen im postsowjetischen Transformationsprozess noch weiter verstärkte.

Auch heute haben Bildung und insbesondere Hochschulbildung in der russischen Bevölkerung weiterhin einen hohen Stellenwert. So wünschen sich über 60% der Eltern von Kindern zwischen 13 und 20 Jahren und sogar über 70% der Eltern von Jugendlichen zwischen 16 und 17 Jahren für ihre Kinder eine Hochschulausbildung.

Wandel im Hochschulwesen

Die Einführung der Marktwirtschaft, die Individualisierung von Bildungswegen und die Zulassung privater Hochschulen hatten die Situation im Hochschulsektor grundsätzlich verändert. Die Anzahl der Hochschulen verdoppelte sich von 514 im Studienjahr 1990/91 auf 1.068 Einrichtungen 2005/06. Zu dem enormen Zuwachs trug insbesondere die Zulassung privater Hochschulen bei, deren Zahl auf mittlerweile über 400 angewachsen ist. (siehe Grafik auf Seite 8) Noch eindrucksvoller ist die Zunahme der Studierendenzahlen: Ging ihre Anzahl in den ersten, besonders schwierigen Transformationsjahren von 1990/91 bis 1993/94 von 2,825 auf 2,543 Mio.

noch leicht zurück, so stieg sie 2000/01 auf 4,741 Mio. und 2005/06 auf 7,064 Mio. Die Mehrheit der Studierenden lernt jedoch weiterhin an staatlichen Hochschulen. So waren im Studienjahr 2005/06 knapp 6 Mio. Studierende an staatlichen und etwas mehr als 1 Mio. an nichtstaatlichen Hochschulen eingeschrieben (siehe Grafik auf Seite 8). Staatliche Hochschulen genießen in der Bevölkerung weiterhin ein höheres Ansehen. An nichtstaatlichen wird in erster Linie die Ausbildungsqualität kritisiert.

Die rasante Zunahme der Studierendenzahlen ist eng mit den veränderten Anforderungen auf dem Arbeitsmarkt verbunden und wirkt sich auch auf die Ausbildungsqualität aus. Die Kommerzialisierung der Ausbildung ohne kontrollierte Zulassungsbeschränkung führte zu einer ‚Inflation von Diplomen‘. Im Ergebnis wird es ohne Hochschulabschluss immer schwerer, einen Arbeitsplatz zu finden. Dabei spielt bis heute nicht so sehr die Qualität eine entscheidende Rolle, als vielmehr der Besitz eines Diploms als solchem. In diesem Zusammenhang ist auch die Verschiebung des Studiums hin zum Abend- und Fernstudium zu sehen. Im Fernstudium studierten Mitte der 1990er Jahre 856.000 Personen, zehn Jahre später waren es über 3 Mio. Studierende. Dieses Wachstum lässt sich damit erklären, dass der Bedarf an Studienplätzen stärker gestiegen ist, als neue, staatlich finanzierte Direktstudienplätze geschaffen wurden. Deshalb hat die Nachfrage nach einem bezahlbaren Hochschulstudium zugenommen, was sich an der Zunahme des erschwingerlichen Fernstudiums widerspiegelt.

Die Anfänge der 1990er Jahre eingeleiteten Reformen sollten zu Demokratisierung, Entideologisierung, Dezentralisierung und Humanisierung von Bildung sowie wachsender rechtlicher und finanzieller Autonomie ihrer Einrichtungen führen. Bei der Umsetzung der Hochschulreform Anfang der 1990er Jahre konzentrierte sich der Staat jedoch in erster Linie auf die strukturelle Reorganisation von Bildungseinrichtungen. Qualitätsverbesserung, neue Lehrpläne und Technologien sollten dann erst folgen. Erste Schritte waren die Ausdifferenzierung der Hochschultypen, die Zulassung privater Hochschuleinrichtungen sowie die Individualisierung des Studiums. Das Gesetz ‚Über die höhere und postgraduale Bildung‘ als Spezialgesetz für die höhere Bildung kam erst 1996 zustande. Zu diesem Zeitpunkt befanden sich die Hochschulen bereits in einer tiefen finanziellen Krise und kämpften in erster Linie um ihr Überleben.

Die Finanzierung der Hochschulen

Direkte staatliche Finanzierung erhalten zurzeit nur staatliche Hochschulen. Nichtstaatliche finanzieren sich dagegen ausschließlich aus Gebühren. Die Zahl der staatlich finanzierten Studienplätze geht seit Anfang der 1990er Jahre kontinuierlich zurück. Betrug der Anteil der staatlich finanzierten Budgetstudenten 1993 noch knapp 94 Prozent so sank diese Zahl bis 2002 auf 51 Prozent und stieg bis 2006 wieder leicht auf 53 Prozent. Damit nahm zwischen 1993 und 2002 die Zahl der Budgetstudenten nur um das 1,23fache, die der Selbstzahler dagegen um das 18fache zu. (siehe Grafik auf Seite 9) Diese Entwicklung zeigt sich auch in der Finanzierung der Hochschulen. Im Jahr 2000 erreichten die von allen Hochschulen selbst erwirtschafteten Mittel erstmals ungefähr den gleichen Umfang wie die staatlichen Zuweisungen. In den folgenden Jahren sank der Anteil der staatlichen Finanzierung auf 45%.

Die Bildungsausgaben gingen von 9,6% des Bruttoinlandsprodukts 1986 auf 3,5% 1990 und 2,9% im Jahr 2000 zurück. Danach stiegen die staatlichen Ausgaben wieder an und erreichten 2004 einen Anteil von 3,7% des BIP. (siehe Grafik auf Seite 7)

Die alleingelassenen Hochschulen begannen ihr Überleben selbst zu organisieren: So wurden gebührenpflichtige Studiengänge eingeführt, Räume und Laboratorien vermietet, Hochschullehrer waren an verschiedenen Einrichtungen beschäftigt und verdienten mit Repetitorien zu ihrem spärlichen Gehalt hinzu. Infolgedessen setzte eine Kommerzialisierung des Hochschulwesens ein, Leistung konnte durch Bezahlung ausgeglichen wer-

den. Diese Entwicklung führte jedoch nicht zu mehr Wettbewerb und Effizienzsteigerung, sondern zu einer Verschlechterung der sozialen Situation der Lehrkräfte und der Abnutzung der technischen und materiellen Ausstattung der Hochschulen.

Insbesondere die neu gegründeten privaten Hochschulen gerieten wegen ihrer Ausbildungsqualität in die Kritik. Sie hatten sehr schnell auf die neuen Nachfragebedürfnisse der Gesellschaft reagiert und Studienplätze vor allem in den neuen Prestigefächern Wirtschaft, Recht, aber auch Geistes- und Sozialwissenschaften angeboten. Seit Mitte der 1990er Jahre reagierten die staatlichen Hochschulen auch aus finanziellen Gründen auf die Nachfrage der Studierenden und boten verstärkt Spezialisierungen in den neuen Prestigefächern an. Ein wachsender Wettbewerb zwischen den Hochschulen entwickelte sich damit vor allem in den stark nachgefragten Fächern. Diese Entwicklung führte jedoch nicht zu einer Ausrichtung auf die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes, sondern auf die Interessen der Studierenden.

Bildungsreform unter Putin

Unter Präsident Wladimir Putin setzte ein Paradigmenwechsel in der Hochschulpolitik ein. Bereits in der im Mai 2000 ausgearbeiteten ‚Strategie für Russland bis 2010‘ wurde die „Stärkung des Humankapitals als Grundlage für Wirtschaftsreformen“ bezeichnet und ein Übergang „von der Industrie- zur Informationsgesellschaft“ gefordert. Damit sollte eine stärker ökonomische Ausrichtung in der Bildungsreform erfolgen, was sich dann auch in dem bis Ende 2001 ausgearbeiteten ‚Konzept über die Modernisierung der russischen Bildung im Zeitraum bis 2010‘ widerspiegelt.

In diesem Reformpapier wird zwar wieder eine aktivere Rolle des Staates in der Bildungspolitik gefordert, jedoch sind die handlungsleitenden Prinzipien für den Reformprozess „wachsende Selbstverantwortung des Einzelnen“, „eine breitere gesellschaftliche Beteiligung an der Finanzierung“ sowie „rechtlich verankerte und finanziell unterfütterte Autonomie der Hochschulen“. Das Finanzierungssystem soll zum zentralen Element einer Umgestaltung des Bildungssystems auf marktwirtschaftlicher Basis werden. Die Diversifizierung der Finanzierung soll durch eine Doppelstrategie erreicht werden: Einerseits sollen massive staatliche Investitionen in den Bildungsbereich fließen und eine Verdopplung der föderalen Mittel für Bildung innerhalb von zehn Jahren erreicht werden. Dies entspricht auch den Forderungen der Hochschulen und einer Mehrheit der Bevölkerung. Andererseits ist die Beteiligung durch private Mittel vor allem

durch Studiengebühren und die Möglichkeit der Hochschulen, selbst zusätzliche Mittel zu erwirtschaften, vorgesehen. Zu diesen sollen auch verstärkt Gelder aus der Industrie und von privaten Stiftungen kommen. Geplant ist, dass der Staat nur noch für eine Grundsicherung der Ausbildung verantwortlich ist und die Bildungsnachfrager stärker an der Finanzierung ihrer Ausbildung beteiligt werden.

Bologna-Prozess und Föderales Zielprogramm

Die nächste Stufe in der Reform des Hochschulwesens erfolgte mit der Entscheidung, im Herbst 2003 dem Bologna-Prozess der Europäischen Union beizutreten und Russland in einen entstehenden einheitlichen europäischen Bildungsraum zu integrieren. Eng verbunden mit diesem Schritt ist das im Dezember 2005 beschlossene ‚Föderale Zielprogramm über die Entwicklung der Bildung von 2006 bis 2010‘. Die in der Bologna-Deklaration verfassten Richtlinien werden in diesem Zielprogramm zu handlungsleitenden Prinzipien des russischen Reformprozesses. Ziel soll es sein, Russlands wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit weltweit mittels Investitionen in Forschung und Bildung zu verbessern, um über ein reformiertes Ausbildungssystem besser auf die Herausforderungen der Globalisierung reagieren zu können. In der Bildungspolitik soll sich auch ein wachsender internationaler Anspruch der russischen Regierung widerspiegeln. Von den Hochschulen wird gefordert, dass sie Anschluss an den internationalen Wettbewerb um Ausbildung finden.

Das föderale Zielprogramm bestätigt die marktwirtschaftlichen Finanzierungsmechanismen und fordert eine Verbesserung der Qualität von Hochschulausbildung, eine stärkere Ausrichtung auf die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes und die Reform des staatlichen Bewertungssystems mit dem Ziel, echten Leistungswettbewerb zu erreichen. Der Wandel hin zu mehr Wettbewerb und Individualisierung in der Hochschulausbildung soll über die Einführung von Bildungsgutscheinen erfolgen. Ziel ist es, die pauschale Mittelzuweisung an die Hochschulen durch eine nachfrageorientierte Finanzierung abzulösen. Die Bildungsgutscheine sind an die Prüfungs- und Lernleistungen der Abiturienten gebunden, wobei nach der entsprechenden Leistung anteilig der Staat für das Studium aufkommt und der Rest von den Studierenden selbst getragen wird. Über eine sich in der Testphase befindende einheitliche Abiturprüfung erhalten die Absolventen entsprechend ihrer Leistung diesen Bildungsgutschein und können sich dann an allen Hochschulen des Landes bewerben. Trotz

starken Widerstands aus den Hochschulen und der Bildungselite soll laut Bildungsminister Andrej Fursenko die einheitliche Abiturprüfung bis 2009 landesweit eingeführt werden.

Zwischen Autonomie und staatlicher Kontrolle

Die seit 2000 eingeleiteten Hochschulreformen setzen durch die Umgestaltung der Finanzierungsmechanismen, durch Förderung von Innovation, durch eine stärkere Ökonomisierung und Internationalisierung von Bildung neue Akzente. Für die russischen Hochschulen war es entscheidend, dass nach Jahren des materiellen und intellektuellen Niedergangs der Staat wieder ein eindeutiges Bekenntnis zu ihrer zentralen Rolle ablegte. Der forcierte Umbau des Hochschulsystems auf marktwirtschaftlicher Basis stößt gleichzeitig auf erheblichen Widerstand aus der Bevölkerung und der Bildungselite und hier insbesondere dem Hochschulrektorenverband. Kritisiert wird der Verlust nationaler Hochschultraditionen und eine wachsende soziale Ungleichheit im Bildungssystem durch die zunehmende Beteiligung der Bevölkerung an der Bildungsfinanzierung ohne entsprechende Ausgleichsmechanismen. Für die Umstellung auf ein Leistungssystem müssten von staatlicher Seite mehr Stipendien zur Verfügung gestellt und endlich die seit langem angekündigten Bildungskredite eingeführt werden.

Die Bildungsfinanzierung erfolgt zunehmend auf Leistungsbasis, durch vertragliche Verpflichtungen mit Firmen oder Behörden soll eine bessere Anpassung an den Arbeitsmarkt erfolgen und die Qualität verbessert werden. Bei der Umstrukturierung der staatlichen Bildungsverwaltung 2004 wurden staatliche Anstalten in Dienstleistungsagenturen umgewandelt und neue Kontroll- und Sanktionsmechanismen eingeführt. Diese sind der Exekutive unterstellt worden und sollen die Bildungseinrichtungen zur Erfüllung gesetzlich oder vertraglich festgelegter Verpflichtungen auffordern. Gleichzeitig plant die Regierung eine Reduzierung der Anzahl an Hochschulen durch strengere Qualitätskontrollen und Akkreditierungsverfahren. Dabei können Hochschulen geschlossen oder zu regionalen Hochschulkomplexen zusammengelegt werden.

Problematisch erscheint, dass zwar in den staatlichen Bildungskonzeptionen mehr Eigenverantwortung und Autonomie für die Hochschulen gefordert wird, jedoch andererseits die Kontrollmechanismen ausgebaut und die Selbstverwaltung eingeschränkt werden. So wurden in einer überarbeiteten Variante des ‚Gesetzes über die Bildung‘ (vom 01.01.2005) wichti-

ge Absätze zur Gewährleistung der Finanzautonomie von Bildungseinrichtungen wie die freie Verfügung über nicht beanspruchte Mittel und über Eigentum sowie die kommerzielle Beteiligung an Firmen (Art. 43, Abs. 3–5) gestrichen. Die Hochschulen benötigen mehr Entscheidungsspielraum bei Investitionen mit selbsterwirtschafteten Geldern und eine Verringerung der Steuerbelastung auf erwirtschaftete Gewinne, die zur Zeit 24% beträgt.

In den Reformkonzepten wird Autonomie ausschließlich aus ökonomischer Sicht betrachtet, demokratische Prinzipien oder Fragen des Managements von Selbstverwaltung spielen keine Rolle. Im Gegenteil erfolgen über die vor kurzem eingeführte Veränderung bei der Wahl des Rektors direkte Eingriffe in die Organisationsstrukturen und damit die Unabhängigkeit der Hochschulen. Wurden die

Rektoren bisher durch den Akademischen Rat der Hochschule gewählt, so erfolgt jetzt die Aufstellung

eines Kandidaten für das Rektorenamt mittels einer Attestierungskommission, die durch föderale und regionale Beamte dominiert wird. Der Akademische Rat kann letztlich nur noch einen der vorher zugelassenen Kandidaten wählen. Damit wird direkt in die Leitungsstruktur der Hochschulen eingegriffen, die Autonomie ihrer Führung eingeschränkt und werden die Rektoren als eigenständige Akteure ausgeschaltet.

Im Hochschulbereich zeigt sich damit eine Tendenz, die in Russland auch in anderen Bereichen zu beobachten ist: Einerseits werden staatliche Dienstleistungen abgebaut und mehr Wettbewerb von den Akteuren gefordert. Andererseits verstärkt der Staat seine Kontroll- und Regulierungsmechanismen, schränkt die Autonomie und damit Spielräume für demokratische Entscheidungsprozesse ein.

Über den Autor

Stefan Meister ist Doktorand am Lehrstuhl für Außenpolitik und Internationale Beziehungen der Friedrich-Schiller Universität Jena. Er promoviert über die Transformation russischer Hochschulen seit dem Ende der Sowjetunion und ihre Rolle für die Regionalentwicklung in Russland.

Lesetipp:

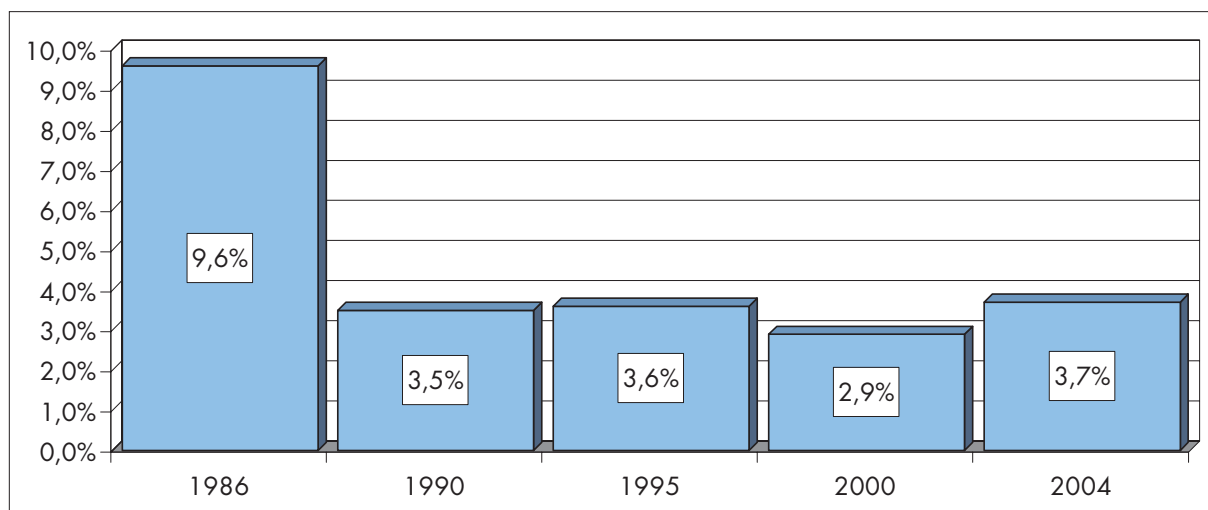
Gabriele Gorzka/Ute Lanzendorf (Hg.), Russlands Hochschulen und Forschungseinrichtungen auf dem Weg nach Europa. Eine aktuelle Bestandsaufnahme, Kassel 2006 <<http://cgi.uni-kassel.de/~dbupress/download.cgi?frei=978-3-89958-184-3>>

Tabellen und Grafiken

(Zusammengestellt von Stefan Meister, Friedrich-Schiller Universität Jena)

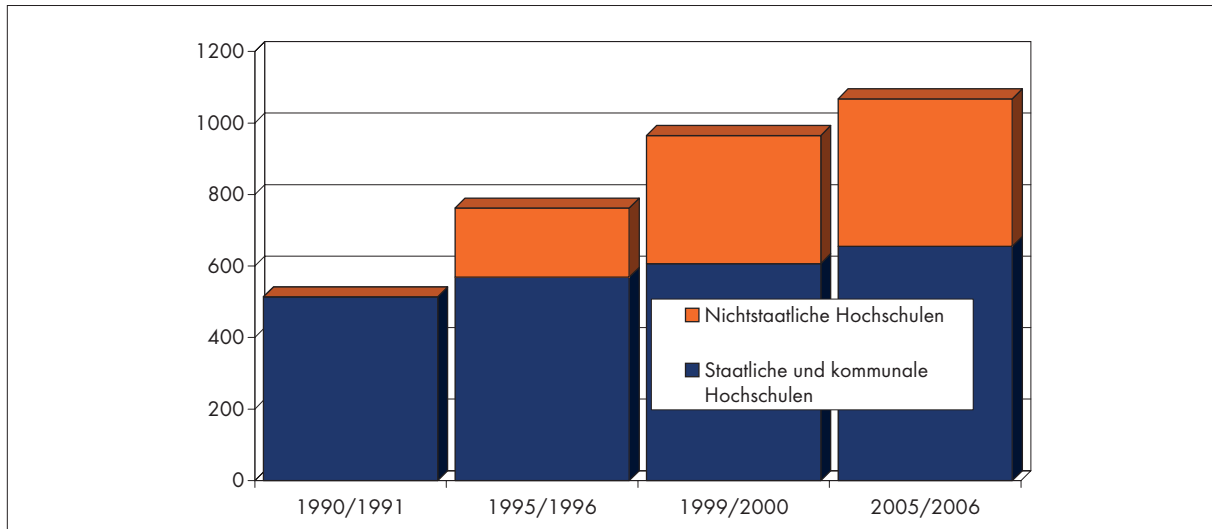
Die Entwicklung des Hochschulwesens

Staatliche Ausgaben für Bildung in Prozent des Bruttoinlandsprodukts



Quelle: Weltbank, <http://devdata.worldbank.org/edstats/SummaryEducationProfiles/CountryData/GetShowData.asp?sCtry=RUS;Russia>

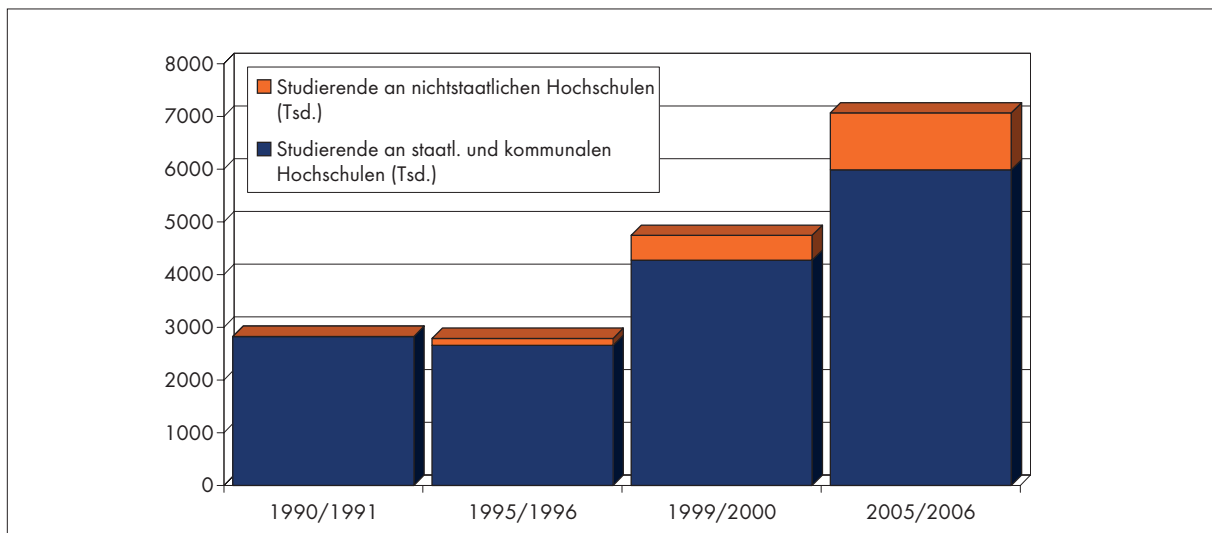
Anzahl der staatlichen und nichtstaatlichen Hochschulen



| Studienjahr | Hochschulen insgesamt | Staatliche und kommunale Hochschulen | Nichtstaatliche Hochschulen |
|-------------|-----------------------|--------------------------------------|-----------------------------|
| 1990/1991 | 514 | 514 | 0 |
| 1995/1996 | 762 | 569 | 193 |
| 1999/2000 | 965 | 607 | 358 |
| 2005/2006 | 1068 | 655 | 413 |

Quelle: Russischer Föderaler Dienst für Statistik, http://www.gks.ru/free_doc/2006/b06_11/08-09.htm

Anzahl der Studierenden an staatlichen und nichtstaatlichen Hochschulen



| Studienjahr | Studierenden insgesamt (in Tsd.) | Studierende an staatl. und kommunalen Hochschulen (Tsd.) | Studierende an nichtstaatlichen Hochschulen (Tsd.) |
|-------------|----------------------------------|--|--|
| 1990/1991 | 2825 | 2825 | 0 |
| 1995/1996 | 2791 | 2655 | 136 |
| 1999/2000 | 4742 | 4271 | 471 |
| 2005/2006 | 7064 | 5985 | 1079 |

Quelle: Russischer Föderaler Dienst für Statistik, http://www.gks.ru/free_doc/2006/b06_11/08-09.htm

Kosten einer Hochschulausbildung

Ausgabeposten für den Eintritt in die Hochschule oder mittlere Spezialschulen (Anteil der Eltern, die Zahlungen leisten) (2002)

| Posten | Kind lernt in Hochschule | Kind lernt in Technikum | Kind lernt an College |
|--|--------------------------|-------------------------|-----------------------|
| Vorbereitungskurse | 48% | 30% | 48% |
| Fahrt zum Studienort | 39% | 40% | 43% |
| Bücher, Lehrbücher | 35% | 26% | 36% |
| Wohnung | 22% | 20% | 22% |
| Unterricht mit Lehrkräften für konkrete Fächer | 26% | 11% | 13% |
| Medizinische Kommission | 17% | 23% | 19% |
| Dokumente | 18% | 19% | 17% |
| Tests | 18% | 5% | 7% |
| Examen | 13% | 13% | 12% |
| andere Dienstleistungen | 5% | 11% | 5% |
| Protektion | 4% | 3% | 3% |
| Keine Zahlungen geleistet | 17% | 28% | 25% |
| Schwer zu beantworten | 1% | 1% | 2% |

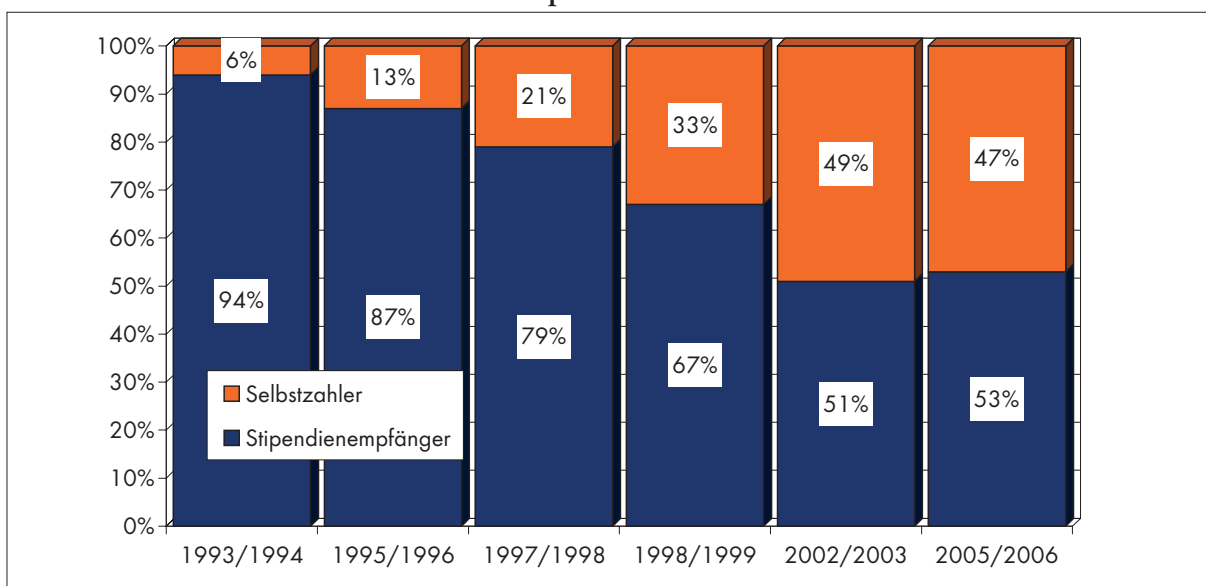
Quelle: Umfrage des FOM, http://bd.fom.ru/report/map/projects/education/ed_strategy/obr0301#4

Durchschnittliche Kosten für den Eintritt der Kinder in Hochschulen und mittlere Spezialschulen (2002)

| Bildungseinrichtung | Kosten in Rubel | Kosten in US-Dollar |
|---------------------|-----------------|---------------------|
| Hochschule | 9.146 | 288 |
| Technikum | 3.971 | 125 |
| College | 3.831 | 121 |

Quelle: Umfrage des FOM, http://bd.fom.ru/report/map/projects/education/ed_strategy/obr0301#4

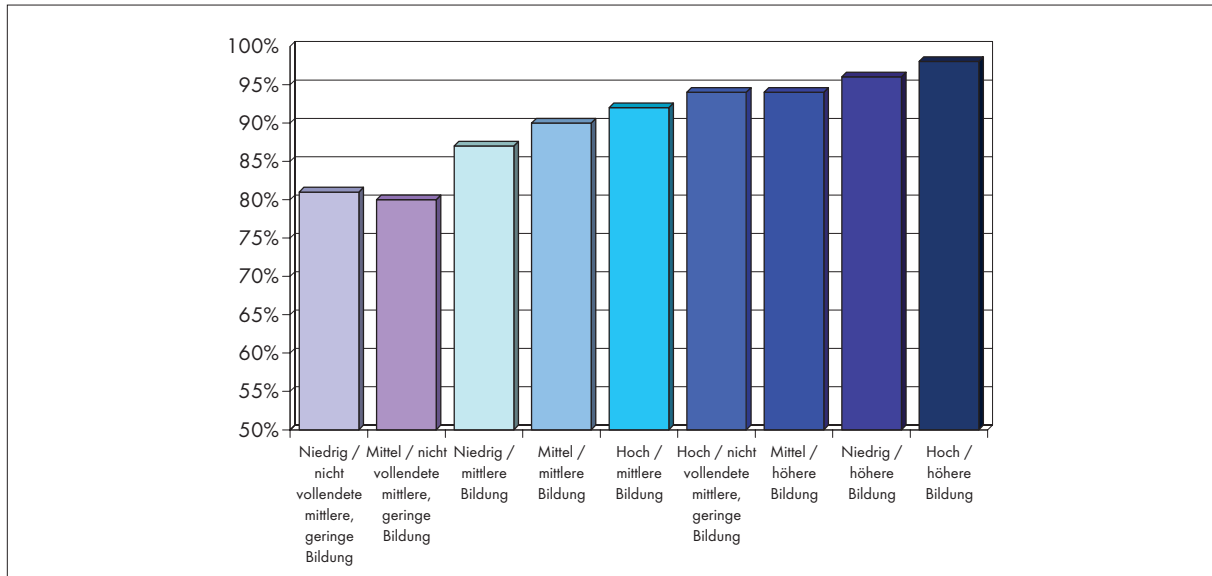
Anteil der Studierenden mit staatlichen Stipendien



Quelle: A.S. Zaborovskaja [u.a.] (Hg.), *Vysšee obrazovanie v Rossii: Pravila i real'nost'*, NISP, Moskva 2004, S. 17-22.

Das russische Bildungssystem in den Augen der Eltern

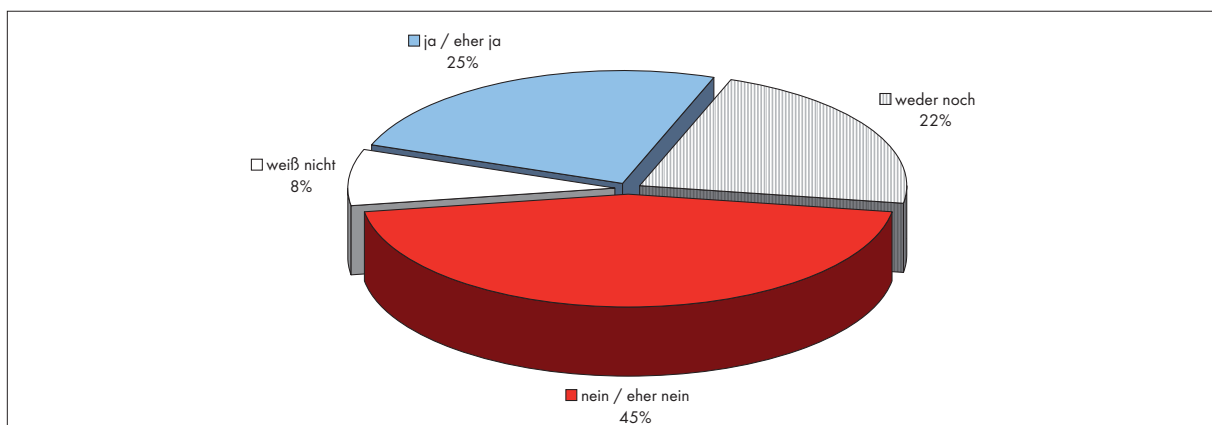
Einfluss von Einkommen und Bildung der Eltern auf den Wunsch, das ihre Kinder Hochschulbildung erhalten (2002)



| Einkommen / Bildung der Eltern | Möchten sie, dass ihr Kind höhere Bildung erhält? |
|--|---|
| Niedrig / nicht vollendete mittlere, geringe Bildung | 81% |
| Mittel / nicht vollendete mittlere, geringe Bildung | 80% |
| Niedrig / mittlere Bildung | 87% |
| Mittel / mittlere Bildung | 90% |
| Hoch / mittlere Bildung | 92% |
| Hoch / nicht vollendete mittlere, geringe Bildung | 94% |
| Mittel / höhere Bildung | 94% |
| Niedrig / höhere Bildung | 96% |
| Hoch / höhere Bildung | 98% |

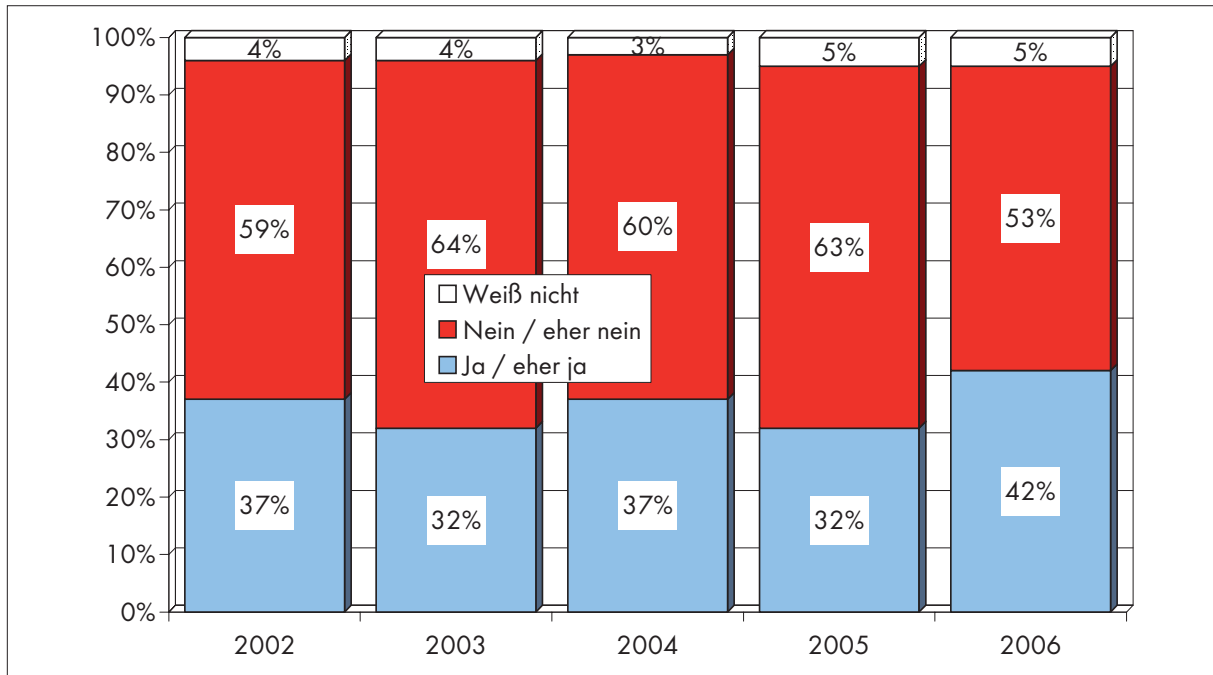
Quelle: Umfrage des FOM, http://bd.fom.ru/report/map/projects/education/ed_strategy/obr0301#4

Sind Sie mit dem gegenwärtigen russischen Bildungssystem zufrieden? (2006)



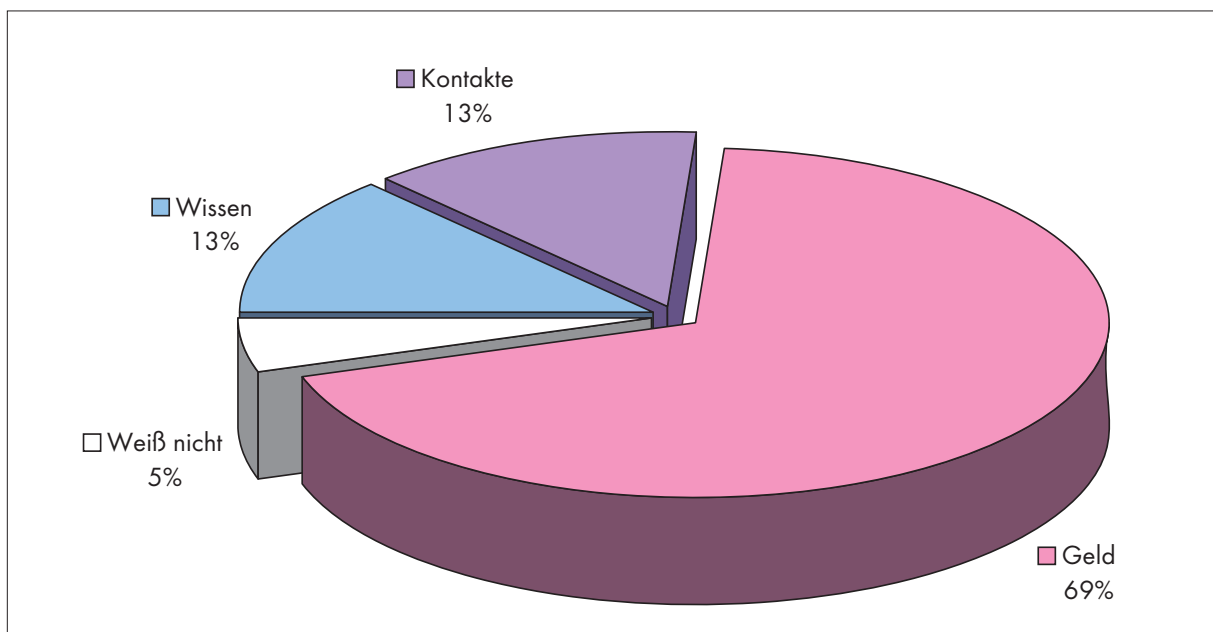
Quelle: Umfrage des Levada-Zentrums, <http://www.levada.ru/education.html>

Was glauben Sie, können Sie (ihre Kinder bzw. Enkel) bei Bedarf eine gute Ausbildung erhalten?



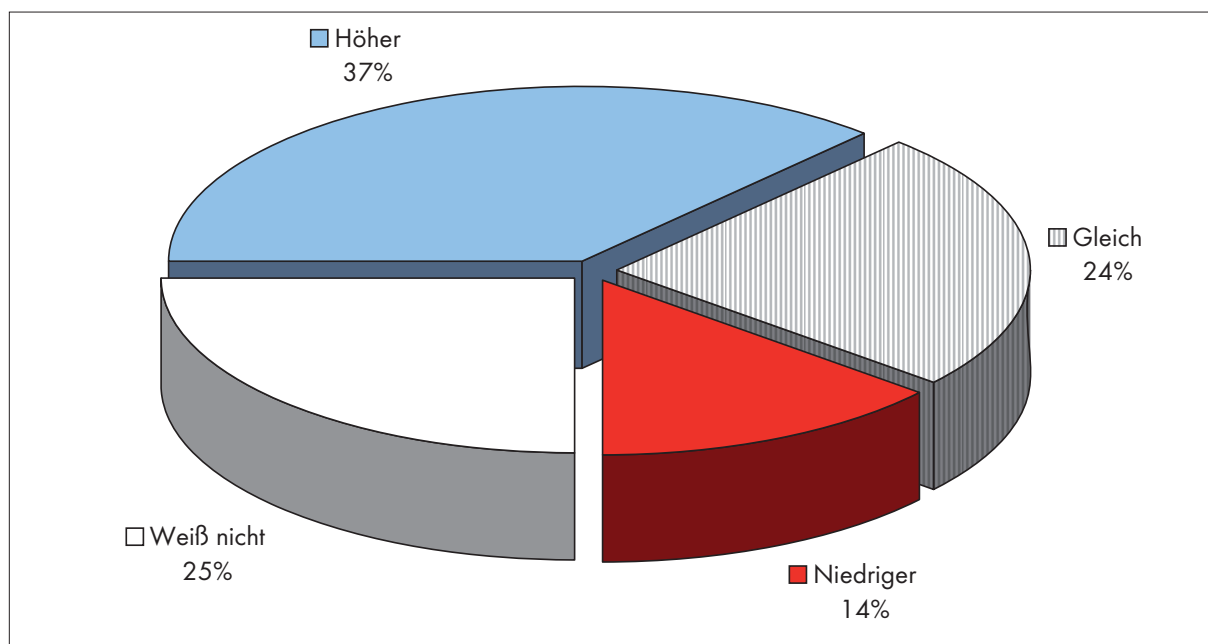
Quelle: Umfragen des Levada-Zentrums, <http://www.levada.ru/education.html>

Was ist derzeit am wichtigsten, um Zugang zu einer höheren Ausbildung zu erhalten? (2004)



Quelle: Umfrage des Levada-Zentrums, <http://www.levada.ru/education.html>

Wie schätzen Sie das Niveau russischer im Vergleich zu westeuropäischen Hochschulabsolventen ein? (2004)



Quelle: Umfrage des Levada-Zentrums, <http://www.levada.ru/education.html>

Kommentar

Russland und der Bologna-Prozess

Stefan Meister, Jena

Die Entscheidung der russischen Regierung im Jahr 2003 die Bologna-Erklärung zu unterschreiben spiegelt auch die Einsicht wieder, dass das russische Wissenschafts- und Hochschulwesen nach seinem Niedergang in den 1990er Jahren dringend der Reform bedarf, um international wieder Anschluss zu finden. In einem Rating der Zeitschrift 'The Times Higher Education Supplement' 2006 wurden unter den führenden internationalen Hochschulen nur zwei russische Hochschulen aufgeführt: die Moskauer Staatliche Universität auf Platz 93 und die St. Petersburger Staatliche Universität auf Platz 164.

Ziel des 1999 im italienischen Bologna beschlossenen Prozesses ist es, durch die Schaffung eines einheitlichen europäischen Raumes für Hochschulbildung die internationale Wettbewerbsfähigkeit europäischer Hochschulen und damit auch der europäischen Wirtschaft zu stärken. Dies soll u.a. durch die Einführung eines zweistufigen Hochschulstudiums (Bachelor/Master), durch ein einheitliches Bewertungssystem (ECTS), die Förderung der Mobilität von Studierenden, Lehrkräften und Wissenschaftlern sowie durch Kooperation bei der Weiterentwicklung

eines Systems der Qualitätssicherung erreicht werden.

Wie alle Unterzeichnerstaaten hat Russland mit seiner Unterschrift eine Absichtserklärung abgegeben, bis 2010 die oben genannten Vorgaben zu erfüllen. Eine direkte Reaktion der russischen Regierung war der Beschluss eines föderalen Zielprogramms im Jahr 2005, in dem die Bologna-Kriterien integriert worden sind. Russlands Beteiligung am Bologna-Prozess erfolgt im Rahmen einer umfassenden Restrukturierung des russischen Bildungssystems, die im Jahr 2000 begonnen hat. Moskau möchte durch die Kooperation mit europäischen Universitäten die Qualität der russischen Hochschulausbildung verbessern und durch Technologietransfer seine Hochschulen weltweit wettbewerbsfähig und für ausländische Studierende attraktiv machen.

Innerhalb Russlands findet eine kontroverse Diskussion um die Teilnahme am Bologna-Prozess statt: Zu den Befürwortern eines vollständigen Umbaus des russischen Hochschulwesens im Sinne der Bologna-Prinzipien zählen neben dem ehemaligen Bildungsminister W. Filippow, das Finanzministerium sowie die Rektorin der St. Petersburger Staatlichen

Universität L. Werbizkaja. Kritiker, wie das Komitee des Föderationsrates und insbesondere der russische Hochschulrektorenverband, vertreten durch den Rektor der Moskauer Staatlichen Universität V. Sadownitschi, plädieren für einen fließenden Reformprozess bei maximalem Schutz nationaler Bildungstraditionen. Die Universitäten besäßen eine Verantwortung für die Wahrung der kulturellen Identität und nationalen Würde. Der Bologna-Prozess würde zum Verlust spezifischer Bildungstraditionen führen und durch Vereinheitlichung die Qualität sowie das Niveau der Ausbildung insgesamt senken. Gerade in der traditionellen, fundierten akademischen Ausbildung und dem klassischen Diplom-Abschluss sehen die Bologna-Gegner die entscheidenden Qualitätsmerkmale des russischen Systems. Kritisiert wird vor allem der Bachelor-Abschluss, der am russischen Arbeitsmarkt nicht nachgefragt würde und keine Spezialisierung ermöglicht. Während in den EU-Staaten Weiterbildungsmöglichkeiten im Beruf existieren, gibt es dieses System in Russland nicht.

Dem wird von Seiten der Regierung entgegen gehalten, dass die russischen Hochschulen an den Bedürfnissen des russischen Arbeitsmarktes vorbei ausbilden, dass die Ausbildungsinhalte und –methoden veraltet sind und die Verwaltungsstrukturen ineffizient arbeiten. Zurzeit erfolgt deshalb an ausgewählten Universitäten in Moskau, St. Petersburg, Jekatarinenburg, Irkutsk und Archangelsk im Testlauf eine vollständige Teilnahme am Bologna-Prozess. In einem breiteren Umfang werden an 25 russischen Universitäten das ECTS-Bewertungssystem und einzelne Elemente von Bologna eingeführt. Dabei gibt es für die Regierung nicht ein Modell zur Anpassung an die Bologna-Kriterien, sondern die Hochschulen selbst sollen verschiedene Modelle zur Reorganisation des Hochschulsystems entwickeln. Diese Herangehensweise soll es den Hochschulen ermöglichen, flexibler auf die jeweiligen Bedingungen in der Region zu reagieren. So hat eine Hochschule in einer Region, die an China grenzt, auf ganz andere Herausforderungen zu reagieren, als z.B. die in Kaliningrad, das von der EU umschlossen ist.

In der Realität erweisen sich die großen Unterschiede zwischen der russischen Hochschulausbildung und europäischen Systemen als problematisch, ebenso wie die fehlende Autonomie der Hochschuleinrichtungen. Insbesondere die umfangreichen, bis ins Detail durch

das Bildungsministerium vorgegebenen Lehrpläne lassen kaum Raum für neue Bildungsprogramme oder Reformen. Weiterhin benötigen die Hochschulen mehr Finanz- und Entscheidungsautonomie, um im Wettbewerb selbstständig agieren zu können. Der von der Regierung geforderten Flexibilität stehen staatliche Kontroll- und Sanktionsmechanismen gegenüber, die Effektivität und Qualität der Ausbildung von oben durchsetzen sollen. Durch wachsende Bürokratisierung binden diese Ressourcen und verhindern Wettbewerb zwischen den Hochschulen. Einer wachsenden Mobilität russischer Studierender und Wissenschaftler steht weiterhin ein teures und aufwendiges Visaverfahren gegenüber, das trotz der auf dem Londoner EU-Russland-Gipfel 2005 beschlossenen Visaerleichterungen u.a. für Wissenschaftler noch immer ein großes Hindernis für eine Mehrheit der Hochschulangehörigen und Studierenden darstellt. Außerdem fehlen Finanzierungs- und Stipendienprogramme von russischer und europäischer Seite, die einen umfassenderen freien Austausch erst ermöglichen können. Umgedreht betreffen diese Probleme genauso ausländische Studierende und Wissenschaftler, die in Russland arbeiten oder studieren wollen.

Auf der universitären Ebene wird Russlands Teilnahme am Bologna-Prozess eher pragmatisch gesehen: Der Beschluss der Regierung wird zwar akzeptiert, jedoch besteht grundsätzlich Skepsis gegenüber einer umfassenden Einführung. Einige Hochschulleitungen warten ab, bis aus Moskau der Erlass zur vollständigen Umsetzung kommt. Andere Universitäten entwickeln seit Jahren in Kooperation mit europäischen Hochschulen zweisprachige Studiengänge, Doppeldiplome und Umrechnungsmechanismen für die gegenseitige Anerkennung von Abschlüssen. An einer Mehrheit russischer Hochschulen erfolgt eine parallele Einführung von Bachelor/Master-Studiengängen (zum großen Teil existiert der Bachelor-Abschluss bereits seit Anfang der 1990er Jahre) zum traditionellen Diplomsystem und werden anhand europäischer Qualitätsstandards neue Evaluationskriterien entwickelt. Dies könnte auch den zukünftigen Weg Russlands in Bezug auf die Integration in den gemeinsamen europäischen Hochschulraum vorzeichnen: einerseits Einführung der Bologna-Kriterien, andererseits parallel dazu der Erhalt wichtiger Elemente des eigenen Hochschulsystems.

Lesetipps

- Christer Pursianinen/Sergej A. Medvedev (eds.), The Bologna Process and its Implications for Russia, RECEP, Moscow 2005 <http://www.recep.ru/files/publ/bologna_en.pdf >
- The Bologna-Declaration on the European Space for Higher Education <<http://ec.europa.eu/education/policies/educ/bologna/bologna.pdf>>

Kommentar

Über die Zerstörung des öffentlichen Raums. Der Verlust der Politik in Putins Russland

Jens Siegert, Moskau

Die Demonstranten, die seit einigen Wochen mit schöner Regelmäßigkeit in Moskau, St. Petersburg oder Nischnij Nowgorod „Märsche der Nicht-Einverstandenen“ abzuhalten versuchen, tun das Richtige. In den vergangenen drei Jahren hat der russische Staat auf allen Ebenen das in der Verfassung garantierte Recht auf Demonstrationen, Versammlungen und Kundgebungen per Gesetz, vor allem aber auf kaltem, administrativen Weg praktisch aufgehoben. Überall im Land werden nicht genehme, oppositionelle Demonstrationen mit meist fadenscheinigen Begründungen verboten, während sich regierungstreue Aufmärsche aller sorgenden Aufmerksamkeit der Staatsmacht sicher sein können. Wer auf seinem Recht auf friedliche Versammlung besteht und trotzdem auf die Straße geht, wird mit oft wenig zimperlichen Methoden auseinandergetrieben, festgenommen und riskiert ein Strafverfahren. Die gewaltsame Auflösung der „Märsche der Nicht-Einverstandenen“ sind nur ein neuer Höhepunkt dieses inzwischen in Russland leider wieder normalen rabiaten Umgangs mit jeglicher Opposition, die mangels anderer Möglichkeiten die Öffentlichkeit der Straße sucht.

Der Kreml versucht offenbar auch auf diesem Weg sein zwar nicht erklärtes, aber de facto angestrebtes Monopol auf Politik in Russland durchzusetzen. Das Parteiensystem dominieren vom Kreml geschaffene Surrogatparteien wie Einiges Russland und Gerechtes Russland. Die im Vorjahr noch kleine Hoffnung, einer der beiden verbliebenen liberalen Parteien Jabloko oder Union der Rechten Kräfte werde bei den Wahlen im Dezember aus polittechnologischer Gnade der Einzug in die Staatsduma gestattet, ist angesichts der Nichtzulassung zu vielen Regionalwahlen Anfang März fast völlig geschwunden. Im kritischen Jahr der Dumawahlen und kurz vor dem angekündigten Präsidentenwechsel 2008 verfährt die russische Staatsführung zunehmend nach dem von Gerhard Polt einst der CSU zugeschriebenen Motto: „Wir brauchen keine Opposition, wir sind selbst schon Demokraten!“

Nervosität und ‚orangene Panik‘

Die gewalttätige, vom Staat forcierte Eskalation auf der Straße überrascht vor allem, weil sie

unnötig scheint. Was veranlasst den Kreml, eine ohnmächtige Opposition öffentlich von Sondertruppen niederknüppeln zu lassen, auch ausländische Journalisten nicht auszunehmen und dafür erheblichen internationalen Ärger in Kauf zu nehmen? Warum lässt man die ein- oder zweitausend Demonstranten nicht einfach, von der kontrollierten Öffentlichkeit weitgehend unbeachtet, solange durch die Städte ziehen, bis Lust oder Geld aufgebraucht sind? Woher die Nervosität? In den Erklärungsversuchen überwiegen drei Argumente. Argument 1: Das Putinsche Regime sei bei weitem nicht so stark und so stabil, wie es sich nach außen gebe. Folglich sehe es sich auch durch eine vergleichsweise schwache Opposition ernsthaft herausgefordert. Argument 2: Im Kreml und seiner Umgebung herrsche weiterhin orangene Panik. Die Putin-Mannschaft glaube selbst an das von ihr an die Wand gemalte Schreckensszenario eines vom Westen bezahlten Aufstands der Straße, mit dem in den vergangenen zwei Jahren ja auch eine Reihe von demokratischen Rechten einschränkende Gesetze, wie das neue NGO-Gesetz, begründet wurden. Argument 3: Das übertrieben harte Vorgehen gegen jegliches kleine Regen tatsächlicher oder imaginierter Opposition lässt sich mit der Eigendynamik der oft zu beobachtenden Unfähigkeit autoritärer Staaten erklären, selbst auf kleinere Herausforderungen angemessen zu reagieren.

Alle drei Argumente stimmen. Keines reicht für sich allein aus, zu erklären, was auf Russlands Straßen passiert. Wir haben uns, der Einfachheit halber, daran gewöhnt, von „dem Kreml“ und „der Opposition“ zu sprechen. Beides erzeugt ein verzerrtes Bild einer komplizierteren Gemengelage. Wir möchten die inneren Auseinandersetzungen in der politischen Machtelite um die besten Ausgangspositionen für die Putinnachfolger in gewohnte Kategorien fassen wie zum Beispiel „Modernisierer“ oder „Hardliner“ (auf russische die berühmten „Siloviki“). Doch da es keine Politik gibt in Russland, versagen auch die politischen Kategorien. So wenig man sicher sein kann, dass ein möglicher Präsident Medwedjew mehr oder weniger demokratisch und mehr oder weniger sozialmarktwirtschaftlich regieren wird, so wenig ist es sicher, dass ein möglicher Präsident Iwanow die Schrauben

weiter anziehen und die Autorisierungstendenzen vorantreiben wird. Keiner der möglichen Putin-Nachfolger hat je eine politische Prüfung überstehen müssen, die belastbare Schlüsse auf tiefe und feste Überzeugungen zuließe. Das System Putin verhindert die Entwicklung neuer öffentlicher Politiker. Das gilt auch für die Opposition.

Freunde und Feinde des Präsidenten

Es geht also für die heutige Machtelite in den kommenden elf Monaten weiter darum den „Putinismus“ ohne Putin zu retten. Oder Putin für den Putinismus. Und es geht darum, darin möglichst die jetzige Position zu halten oder nach Möglichkeit zu verbessern. Dafür dürfte fast alles recht sein. Politische Ziele und damit möglicherweise verbundene Mittel sind zweitrangig. Folglich ist alles Taktik. Diese volatile Situation erzeugt sowohl auf staatlicher Seite als auch bei der Opposition Gruppen mit starkem Interesse an einer Eskalation. Nur die Hoffnungen, die sich damit verbinden, unterscheiden sich.

Der Kreml hat schon länger den Weg eines Mobilisierungsregimes gewählt, um die eigenen Schwächen zu kaschieren. Das wird nirgends deutlicher als auf der Straße, wenn für die Kremljugend „Naschi“ wie Ende März in der Moskauer Innenstadt ohne weiteres eine ganze Prospekt gesperrt wird. Die Broschüre der Aktion „Informant des Präsidenten“ (das ist durchaus auch im Russischen so doppeldeutig zu verstehen wie im Deutschen), zu der 15.000 jungen Menschen aus der Provinz nach Moskau geschafft wurden, hält sich nicht mit unnötiger Diplomatie auf. Der Westen unter der Führung der USA habe in den 90er Jahren versucht Russland zu seiner Rohstoffkolonie zu machen. Innere Feinde, die Liberalen, hätten, gegen entsprechende Bezahlung versteht sich, bei der fast gelungenen Versklavung Russlands geholfen. Doch dann sei Putin gekommen, um Russlands Souveränität wieder herzustellen. Inzwischen sei die USA durch den Irakkrieg stark geschwächt, werde aber im Wahljahr gemeinsam mit ihren verräterischen, innerrussischen Hilfstruppen einen letzten, verzweifelten Versuch wagen, Russland doch noch unter sein Joch zu zwingen. Es gehe, wie im Juni 1941 direkt vor dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion also um Sein oder Nichtsein des russischen Staates. Wer gegen Putin ist, ist nicht nur ein Gegner, er ist ein Feind, ein Todfeind sogar. „Naschi“ sind zwar besonders radikal und ungewöhnlich offen in ihrem Stalinbezug, die einfach dualistische Argumentationsfigur Freund-Feind, ihr-wir, findet sich aber fast überall im Putin-Lager. Wenn es aber um Leben und Tod geht, dann sind ein wenig Prügel für ein paar Uneinsichtige eine durchaus milde Reaktion.

Eine Radikalisierung der Opposition?

Auch die Organisatoren der „Märsche der Nicht-Einverstandenen“ teilen die These von der Schwäche des Putinschen Regimes. Der zunehmend autoritäre Staat, so zum Beispiel die Grundthese von Garri Kasparow, erlaube keine eigenständige Beteiligung oppositionelle Kräfte innerhalb des herrschenden politischen Systems. Notwendig sei daher eine starke „außersystemische Opposition“. Eine größere Krise werde unweigerlich kommen. Die Radikalisierung der Opposition müsse zur Zuspitzung beitragen. Man müsse bereit sein – wie Juschtschenko und die Orangen vor zwei Jahren in der Ukraine. Allerdings seien die schwachen liberalen und demokratischen Kräfte allein nicht in der Lage, den notwendigen Machtwechsel herbeizuführen. Sie müssten sich Partner im nationalistischen und kommunistischen Spektrum suchen, die noch nicht völlig festgelegt und somit im Sinne einer Anerkennung demokratischer Spielregeln „zivilisierbar“ seien. Daraus ergibt sich die seltsame Koalition aus Demokraten, Nationalbolschewisten und radikalen kommunistischen Gruppen bei den „Märschen der Nicht-Einverstandenen.“

Diese Frontstellung zwischen dem Staat und der radikalen Opposition lässt denjenigen Kräften immer weniger Spielraum, die sich dem schlichten Freund-Feind-Schema entziehen und sich nicht zwischen Putin-Apologetik und Straßenkämpfertum entscheiden wollen. Das sind ein großer Teil der Nicht-Regierungsorganisationen, aber auch die Jabloko-Partei und Teile der Union der Rechten Kräfte. Wie schwierig es geworden ist, Opposition zu sein und nicht beim „Marsch der Nicht-Einverstandenen“ mitzulaufen, zeigt die Beteiligung der St. Petersburger Jabloko-Leute am 15. April. Die Situation in St. Petersburg unterscheidet sich nach der Nichtzulassung von Jabloko zu den Regionalwahlen Anfang März und der Auseinandersetzung um den Gaspromwolkenkratzer am Ufer der Newa von der in Moskau. Je repressiver aber der Staat gegen die Opposition auf der Straße vorgeht, um so stärker wird der Zwang zur Solidarität mit den aus politischen Gründen Verfolgten unabhängig von deren politischer Weltsicht werden. Das spielt den Polittechnologien im Kreml in die Hände. Schon im Herbst 2004, unmittelbar nach der Geiseltragödie von Beslan warnte Wladislaw Surkow, einer der Erfinder der gelenkten Demokratie, vor einer „braun-liberalen“ Koalition aus „Limonen und anderen Äpfeln“ und spielte damit auf die Limonowschen Nationalbolschewisten und die Jabloko-Partei an. Was damals noch wie ein schmutziger polittechnologischer Trick anmutete, könnte sich unter dem Druck des Staates als eine sich selbst erfüllende Prophezeiung herausstellen.

Was tun?

Am 26.3.2007 hat Präsident Putin in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung der EU zu ihrem 50. Geburtstag das Angebot einer Wertegemeinschaft gemacht. Es sei historisch folgerichtig und zum Wohle aller, sich in Europa für die Schaffung einer multipolaren Welt, für Frieden und Sicherheit zusammen zu tun, schreibt Putin. Russland sei zu allem bereit, was unterhalb der Ebene institutioneller Verflechtungen möglich sei. Das hört sich schön an, fast wie eine Neuauflage des Gorbatschowschen „Gemeinsamen Hauses Europa“, doch das Angebot ist vergiftet. „Alles, ohne Institutionen“ ist weniger und weit unverbindlicher, als das, was wir heute haben. Die OSZE und der Europarat sind zwei wichtige Institutionen in Europa, die auch Russland rechtlich binden. Beide sind dem neuerstarkten „souveränen demokratischen Staat“ (Putin in seinem Artikel) hinderlich. Putin schlägt der EU vor, den „Kampf gegen neue Herausforderungen und Bedrohungen wie den internationalen Terrorismus, die Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen, den illegalen Drogenhandel, der illegalen Immigration und der globalen Armut“ gemeinsam anzugehen. Das sind alles wichtige Dinge und gemeinsames Handeln kann zusätzliche Kraft geben. Doch kommen in Putins Angebot weder Demokratie, noch Rechtsstaat vor. Trotzdem sollten die EU und ihre Mitgliedsstaaten das Angebot nicht einfach ablehnen.

Was sollen und können Politiker aus dem Westen also tun? Bisher herrschen zwei strategische

Reaktionen auf die zunehmende Autoritarsierung Russlands und seine aggressivere Außenpolitik vor. Die einen nehmen sich, grob gesagt, Gerhard Schröder zum Vorbild, und fordern, Russland möglichst eng in internationale Zusammenarbeit einzubinden und die gegenwärtige Entwicklung in Russland großzügig als steiniges Teilstück des Wegs zur Demokratie aufzufassen. Die anderen vergleichen Russland wieder mit der Sowjetunion und beginnen Kalter Krieg zu spielen: Von außen eindämmen und im Inneren die Dissidenten pflegen. Beide Reaktionen begreifen nicht das Neue der Situation. Russland ist weder auf dem guten Weg zur Demokratie, noch ist es die Sowjetunion. Unsere Aufgabe ist es, die Menschen dort ernst zu nehmen, und zwar sowohl die Regierenden als auch die Opposition. Nur wenige wollen erneut Dissidenten werden.

Die Antwort auf diese komplizierte Situation kann, großes und oft missbrauchtes Wort, nur dialektisch sein. Der Westen sollte mit Russland handeln und in Sicherheitsfragen zusammenarbeiten, als ob es die großen Demokratiedefizite und Menschenrechtsverletzungen nicht gäbe. Gleichzeitig sollte er Russland wegen der Demokratiedefizite und Menschenrechtsverletzungen kritisieren, als ob es die Zusammenarbeit in Sicherheitsfragen und die gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen nicht gäbe. Eine offene Gesellschaft lässt sich anderen nicht erklären, sie lässt sich nur (vor-)leben.

Über den Autor

Jens Siegert ist Diplompolitologe und Leiter des Länderbüros Russland der Heinrich Böll Stiftung in Moskau, wo er vorher als Korrespondent deutscher Zeitungen tätig war.

Pressestimmen

Die russischen Medien zu den Demonstrationen

Jewgeniy Gornik, Wladimir Demtschenko, Vladimir Perekrest: „Kommt Berezovskiy in einem „plombierten Wagon“ in die Heimat?“, in: *Iswestia* (16.04.2007)
<<http://www.iswestia.ru/russia/article3103221/>>

Nach den Ereignissen am vergangenen Wochenende besteht kein Zweifel mehr daran, was die Bewegung der so genannten „Nicht-Einverstandenen“ in Wirklichkeit ist und wer hinter ihr steht. Am Vorabend des geplanten provokativen Marsches erklärte der Londoner Oligarch Boris Beresowski, er bereite eine neue Revolution in Russland vor. Er sprach von einer Kraft, von einem Druck, und die wenig zahlreichen Demonstranten auf dem Puschkin Platz bereiteten sein Echo, indem sie sich auf die Miliz und OMON stürzten. Sie versuchten nicht, durchzuberechnen, das einzige, was sie brauchten, war die Welt davon zu überzeugen, sie seien zu Opfern geworden, um dadurch die Diskussion über Menschenrechtsverletzungen und Kreml-Tyrannie neu aufflammen zu lassen. Berezowski braucht solch eine Diskussionen, um sich fester in London einzuhacken, [...]

Und die Organisatoren des Marsches wollen, dass man in Übersee [in den USA] von der Aktion und ihren Teilnehmern erfährt. Der letzte Bericht des State Department der USA fordert eine engere Zusammenarbeit mit den Oppositionsparteien in Russland. Dies bedeutet, ihnen mehr Geld zu überweisen. Und wie zeigt man noch, wem genau das Geld zu überweisen ist, wenn nicht mit den live übertragenen Bildern der Konfrontation?

Kira Latuchina, Elena Ragosina: Sie sind mit Jawlinski nicht einverstanden. „Das andere Russland“ nimmt Union der Rechten Kräfte, Jabloko und der KPRF die Aktivisten weg, in: Vedomosti, Nr. 67 (1841) (16.04.2007)

<http://www.vedomosti.ru/newspaper/article.shtml?2007/04/16/124103>

Der „Marsch der Nicht-Einverstanden“ hat tiefe innere Gegensätze zwischen den Parteiführungen der Systemopposition – Union der Rechten Kräfte, Jabloko und KPRF – und deren Aktiven in Moskau, Sankt - Petersburg und anderen Regionen ans Licht gebracht. Viele Aktivisten der Opposition verstehen nicht, warum sie nicht zusammen mit dem „Anderem Russland“ gegen die Macht im Kreml protestieren dürfen. Die Parteispitzen führen ein Doppelspiel: sie versichern dem Kreml gegenüber ihre Loyalität, bremsen aber gleichzeitig ihre Mitglieder kaum, so die Experten.

Am Vorabend der Protestaktionen haben die Parteispitzen von KPRF, Jabloko und Union der Rechten Kräfte ihren Mitgliedern empfohlen, an den Aktionen des „Anderen Russlands“ nicht teilzunehmen. Die Kommunisten und die Rechten [die Union der Rechten Kräfte] kündigten für die gleiche Zeit ihre eigenen Kundgebungen an, und die Jabloko-Zentrale hat ein Memorandum verbreitet, in dem sie die Teilnahme an den „Märschen der Nicht-Einverstanden“ untersagt hat. Die Aktivisten von Jabloko und Union der Rechten Kräfte in zehn Regionen antworteten darauf mit einem Appell an die Parteiführungen und Parteimitglieder. Darin riefen sie die ersteren auf, ihre Autorität nicht für die Agitation des Kremls gegen das „Andere Russland“ zu mißbrauchen, und die letzteren, am „Marsch der Nicht-Einverstanden“ doch teilzunehmen.

„Prinzipielle politische und ideologische Gegensätze mit den Organisatoren dieser Veranstaltungen sowie persönliches Misstrauen erlauben Jabloko nicht, am Protestmarsch teilzunehmen, erklärte der Parteivorsitzende Grigori Jawlinski. [...] Aber, als er von den Durchsuchungen in der lokalen Sankt-Petersburger Parteivertretung erfuhr, gab Jawlinski nach und erlaubte, gegen den „Polizeistaat“ zu demonstrieren, [...]

„Generator für Imageverlust“, in: gazeta.ru (17.04.2007)

http://gazeta.ru/comments/2007/04/17_e_1594041.shtml

Die „Laienkunst“ der Milizionäre birgt Gefahren für das ganze Regime

Das moderne Russland nennt man oft einen Polizeistaat. Diese Bewertung ist richtig und falsch zugleich. Eine maximale Steigerung der Machtkomponente in Politik und Wirtschaft ist auch mit bloßem Auge zu erkennen. [...]

Am 14. – 15. April verhinderten die Einsatzkräfte der Miliz, deren zahlenmäßige Überlegenheit an lebender Kraft das Dreifache und an Technik das Mehrfache betrug, die Moskauer und Petersburger Märsche der „Nicht-Einverstanden“. Der Sieg wurde auf Kosten schwerer Imageverluste für das Land erreicht, denn die Bilder mit den Prügeleien und Festnahmen wurden in der ganzen Welt gezeigt.

Es ist zu vermuten, dass die entsprechende Entscheidung ziemlich weit oben im Rahmen der Realisierung eines innenpolitischen Kurses getroffen wurde und dass die Imageverluste für das Land miteinkalkuliert wurden.

Übersetzung: Galina Romanova

Chronik

Vom 14. bis zum 26. April 2007

| | |
|-----------|--|
| 14.4.2007 | In Moskau gehen Polizeikräfte gewaltsam gegen ca. 1.000 Demonstranten der Bewegung „Das andere Russland“ vor und verhaften 150 Personen, darunter Garri Kasparow, Eduard Limonow sowie einen deutschen Fernsehreporter. 15.000 Angehörige der putinnahen Jugendbewegung „Naschi“ („Unsere“) demonstrieren indes ungestört, um ihre Unterstützung für Präsident Putin zu bekunden. |
| 15.4.2007 | In St. Petersburg wird eine Demonstration von „Das andere Russland“ von der Polizei unter Gewalteininsatz aufgelöst. |
| 15.4.2007 | In Anwesenheit des Ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten Sergej Iwanow, wird in Sewerodwinsk das Atom-U-Boot „Jurij Dolgorukij“ vom Stapel gelassen. „Juri Dolgorukij“ ist das erste U-Boot der Borej-Klasse, das mit Bulawa-Raketen bewaffnet ist. |
| 15.4.2007 | Bei den Wahlen zum Regionalparlament in Krasnojarsk erreicht „Einiges Russland“ 42% der Stimmen und 29 Sitze. Die KPRF erreicht 20% der Stimmen/6 Sitze, „Gerechtes Russland“ 12%/3 Sitze und die LDPR 11%/3 Sitze. |
| 16.4.2007 | In Nasran wird der Prozess gegen 12 junge Männer eröffnet, die beschuldigt werden, am 21.-22.4.2004 an den Angriffen auf Sicherheitskräfte in Inguschetien teilgenommen zu haben. |
| 16.4.2007 | Präsident Putin unterzeichnet ein Dekret, mit dem die Pipeline-Unternehmen Transneft und Transnefteprodukt vereinigt werden. |
| 18.4.2007 | Die „International Air Transport Association“ erklärt in einer Studie, dass Russland und die GUS mit 8,6 Unfällen auf eine Mio. Flüge weltweit an der Spitze der Flugunfallstatistik liege. |
| 18.4.2007 | Gazprom und die Besitzer des Betreiberkonsortiums „Sachalin Energy“ unterzeichnen einen Vertrag, nach dem Gazprom nun über 50% plus eine Aktie von Sachalin Energy verfügt, während Shell, dem bisherigen Leader des Konsortiums, nunmehr 27,5% und den beiden Minderheitsgeignern Mitsui 12,5% (statt 25%) und Mitsubishi 10% (statt ebenfalls 25%) zufallen. |
| 18.4.2007 | Die Duma verabschiedet in dritter und abschließender Lesung ein Gesetz, das die Strafen für Vergehen mit extremistischem Hintergrund verschärft. Nach dem neuen Gesetz drohen Teilnehmern an so genannten Massenunruhen Gefängnisstrafen von bis zu zwölf Jahren. „Rowdytum mit extremistischen Motiven“ wird mit bis zu acht Jahren Gefängnis bestraft. |
| 20.4.2007 | Garri Kasparow, ehemaliger Schachweltmeister, heute einer der Führer der Oppositionsbewegung „Das andere Russland“ wird vom Inlandsgeheimdienst zu einer Befragung einbestellt. |
| 20.4.2007 | EU-Handelskommissar Peter Mandelson kritisiert die russische Regierung in einer Rede vor einem Kongress in Bologna in scharfer Form. Er erklärt: „Russland und die Europäische Union misstrauen und missverstehen einander wie noch nie seit dem Ende des Kalten Kriegs“. |
| 23.4.2007 | Der frühere Präsident Jelzin stirbt im Alter von 76 Jahren in einer Moskauer Klinik. |
| 25.4.2007 | Boris Jelzin, der erste Präsident der Russischen Föderation, wird in Moskau auf dem Novodewitschi Friedhof in Anwesenheit von Präsident Putin und zahlreicher russischer und ausländischer Politiker zur letzten Ruhe gebettet. |
| 25.4.2007 | Auf einer vorgezogenen Bilanzpressekonferenz in Wien teilt der Vorstandsvorsitzende des Baukonzerns STRABAG, Hans-Peter Haselsteiner, mit, dass Oleg Deripaska, mit einem geschätzten Vermögen von 12,4 Mrd. Euro der zweitreichste Mann Russlands, 30% der Anteile des Unternehmens übernimmt. |
| 26.4.2007 | Präsident Putin legt der Föderalversammlung, die aus beiden Häusern des russischen Parlaments besteht, den Bericht zur Lage der Nation vor. |

Die Russlandanalysen werden mit Unterstützung durch die Otto-Wolff-Stiftung gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Die Meinungen, die in den Russlandanalysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Matthias Neumann, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder

Russlandanalysen-Layout: Cengiz Kibaroglu

ISSN 1613-3390 © 2007 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-7891 • Telefax: +49 421-218-3269

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: www.russlandanalysen.de

Lesehinweis

OSTEUROPA April 2007

Die April-Ausgabe von OSTEUROPA ist erschienen. Im Mittelpunkt stehen Wirtschaft und Außenpolitik in Belarus und Rußland. Das Heft hat 208 Seiten, sechs Farbkarten und kostet 10,00 Euro. Zu bestellen ist es unter osteuroopa@dgo-online.org Das Heft enthält folgende Aufsätze mit Rußlandbezug:

Carsten Goehrke

Das Rußländische Imperium im Windschatten Geographie, Geschichte und globale Entwicklungsdynamik

Warum weist die Weltmacht Rußland mit ihrem gewaltigen Rohstoffreichtum, mit ihrem respektablem Bildungsniveau und ihrer partiellen Spitzentechnologie immer noch das durchschnittliche Einkommensniveau eines mittelmäßig entwickelten Industriestaates auf? Ursachen sind zunächst die geographischen und geopolitischen Entwicklungsbedingungen. Im globalen Wettkampf der Imperien um Überseekolonien war die Ausgangslage des kontinentalen Rußland schlecht. Zudem zwang die Expansion in die dünn besiedelten Räume Nordasiens nicht zur Intensivierung der Wirtschaft. Wichtiger sind die kulturellen Prägungen, insbesondere das Staats- und Gesellschaftsverständnis im orthodoxen Europa. Im Moskauer Reich verschob sich das Machtgleichgewicht zwischen Fürst, Adel, Kirche und Städten einseitig zur Autokratie nach byzantinischem Vorbild. Im Wettlauf mit den westlichen Industriemächten erwiesen sich Autokratie und „staatsfixierte Gesellschaft“ als immobil. Die globale Entwicklungsdynamik wanderte so im Laufe der Neuzeit vom islamischen Orient und von China in den nordatlantischen Raum ab, wo die staatliche, ethnische und religiöse Vielgestaltigkeit half, die rechte Balance zwischen zu viel und zu wenig Staat zu finden.

Lilija Ševcova

Rußlands Wille zur Weltmacht Autokratie, Energie, Ideologie

Rußlands Außenpolitik gleicht einem Zickzackkurs. Die Politik des Kreml bewegt sich zwischen Kooperation und Konfrontation, der Westen ist gleichzeitig Partner und Gegner. Trotz gleicher ökonomischer Interessen werden die Wertedifferenzen immer deutlicher. Vor allem im postsowjetischen Raum kollidieren die Vorstellungen. Zunehmend imitieren Rußland und der Westen die „strategische Partnerschaft“. Schuld daran sind die Konsolidierung des bürokratischen Autoritarismus unter Putin sowie die mangelnde Kohärenz westlicher Politik. Um eine stabile Partnerschaft zu schaffen, sind eine Abkehr der USA vom militärgestützten Hegemonialstreben und der Übergang Rußlands zu demokratischen Standards erforderlich.

Vlad Ivanenko

Rußlands Platz auf dem Weltmarkt Exportstruktur und Integrationsoptionen

Rußland strebt eine stärkere Einbindung in den Weltmarkt an. Mehrere Türen stehen offen. Die EU-Staaten Finnland und Deutschland sind zu einer intensiveren wirtschaftlichen Zusammenarbeit bereit. Auch ist Rußland für die Nachfolgestaaten der Sowjetunion noch immer ein ökonomisches Gravitationszentrum. Schließlich wächst die Präsenz rußländischer Unternehmen auf außereuropäischen Märkten. Da rußländische Unternehmen aber oft schlechte Verhandlungspositionen haben und die Interessen einzelner Sektoren sehr unterschiedlich sind, sollte der Staat aktiv werden und sie mit zwischenstaatlichen Abkommen unterstützen.

Folkert Garbe

Energische Integration?

Rußlands Energiekonflikt mit Belarus

Anfang 2007 eskalierte der seit Jahren schwelende Energiekonflikt zwischen Rußland und Belarus. Moskau setzte eine drastische Einschränkung der wirtschaftlichen Privilegien durch, die Belarus zulasten Rußlands seit Jahren genossen hatte. Dies paßt nicht in das Schema, nach dem Rußland im postsowjetischen Raum unliebsame Regierungen abstrafe und loyale Regimes belohne. Rußland scheint das lange Jahre verfolgte Projekt einer politischen Integration in Form eines Unionsstaates mit Belarus aufgegeben zu haben und folgt einem ökonomischen Interessenkalkül. Für die Unabhängigkeit der belarussischen Wirtschaft und das Lukašënka-Regime hat das erhebliche Konsequenzen.

Kerstin Holm

Pilgerfahrt zur Ebbe des Verstandes

Laudatio auf Gerd Koenen und Michail Ryklin

Der diesjährige Leipziger Buchpreis zur europäischen Verständigung ehrt den Frankfurter Historiker Gerd Koenen für seine Diagnose des deutschen *Rußland-Komplexes* und den Moskauer Philosophen Michail Ryklin für sein Prozeßdossier *Mit dem Recht des Stärkeren*. Koenen läßt deutschnational-bolschewistische Affinitäten auferstehen, Ryklin zeigt, wie in Rußland zivile Rationalität per Rechtslogik demontiert wird. Für die Laudatorin Kerstin Holm verdeutlichen beide auch, warum Rußland kultureller Teil Europas sein will und sich zugleich stetig von ihm entfernt.

Doris Kaufmann

„Gute Russen“ im Gedächtnis der Deutschen

Briefe an Lev Kopelev, 1981–1997

Lev Kopelevs Autobiographie *Aufbewahren für alle Zeit* wurde in der Bundesrepublik vor allem wegen ihres „Ostpreußen-Kapitels“ stark rezipiert. Dort schildert der damalige sowjetische Propagandaoffizier die Gewalttaten der Roten Armee beim Einmarsch in Ostpreußen. Insbesondere ehemaligen Wehrmichtsangehörigen öffnete der russische Menschenrechtler und Germanist damit einen Raum für das individuelle Erinnern an Schuld, die sie in zahlreichen Briefen bekannten. Für Mädchen und junge Frauen, die auf der Flucht Opfer sexueller Gewalt von Rotarmisten geworden waren, bedeutete Kopelevs Bericht die Sichtbarmachung und Anerkennung ihres Leidens. Für beide Gruppen war die Begegnung mit einzelnen „guten Russen“ die zentrale Erinnerungsfigur, die es erlaubte, die eigene belastende Vergangenheit in eine „gute Geschichte“ einmünden zu lassen.

Lesehinweis

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa

Russlandanalysen

Die „Russlandanalysen“ bieten wöchentlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Wochenchronik aktueller politischer Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

kultura. Russland-Kulturanalysen

Die Russland-Kulturanalysen diskutieren in kurzen, wissenschaftlich fundierten, doch publizistisch-aufbereiteten Beiträgen signifikante Entwicklungen der Kultursphäre Russlands. Jede Ausgabe enthält zwei Analysen und einige Kurztexte bzw. Illustrationen. Erscheinungsweise: monatlich, in je einer deutschen und englischen Ausgabe.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatliche eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatliche eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.polen-analysen.de>

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik sowie zur Ukraine. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

FSO-Fernsehtipps

Die „FSO-Fernsehtipps“ bieten zweiwöchentlich einen Überblick über Sendungen mit Bezug auf Ost- bzw. Ostmitteleuropa im deutschsprachigen Kabelfernsehen. Vorrangig erfaßt werden Spiel- und Dokumentarfilme aus und über osteuropäische Länder. Der Schwerpunkt liegt auf der Sowjetunion und ihren Nachfolgestaaten (vor allem Russland), Polen, Tschechien, Slowakei und DDR.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de